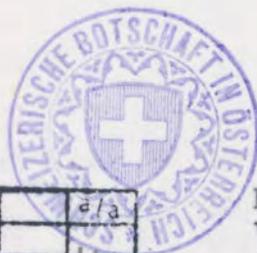


den 7. September 1977

652.4 - CA/rm

an	ST	Hy							e/a
Datum	99								
Visa	V	NY							NY
EPD		08.09.77							17
Ref.	o. 320. Av.								



Herrn Bundesrat Hans Hürlimann
Vorsteher des
Departements des Inneren

3003 B e r n

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Mein Erster Mitarbeiter, Herr Claudio Caratsch, hat mich nach meiner Rückkehr nach Wien über Ihren Besuch bei der österreichischen Regierung, am 1. und 2. September, orientiert. Herr Caratsch hat sich sehr gefreut, an den Gesprächen teilnehmen zu können. Diesem Schreiben lege ich seine Aufzeichnung der Aeusserungen Ihrer ministeriellen Gesprächspartner anlässlich der Gespräche im kleinen Kreis bei. Die Dokumentationen und Akten, welche Ihnen bei diesem Anlass überreicht wurden, gelangen mit gleichem Kurier zum Versand.

Ich versichere Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

René Keller

Beilagen erwähnt

652.4 - CA/rm

Wien, den 6. September 1977

VERTRAULICHA k t e n n o t i z

I. Unterredung von Herrn Bundesrat Hürlimann
mit Frau Bundesminister Firnberg (Wissenschaft
und Forschung) am 2. September 1977

Frau Bundesminister Firnberg (F) drückt anfangs der Besprechung ihre Genugtuung über die sehr inhaltsreichen Gespräche in Alpbach aus. Die Gesprächsrunde für das Fernsehen sei nach ersten Kommentaren in der Wiener Öffentlichkeit sehr gut aufgenommen worden, insbesondere was die Äusserungen der beiden anwesenden Minister betreffe.

Für das heutige Gespräch möchte F in erster Linie einige Sektoren in Aussicht nehmen, in denen gemeinsame Forschungsprojekte Oesterreich-Schweiz aufgenommen werden könnten. Aus einer Liste von Themen, die ihr von Bundesrat Hürlimann (H) übergeben wurde, schienen F insbesondere folgende Themen in Frage zu kommen:

- 1) Prophylaxe der Herz- und Kreislaufbeschwerden
- 2) Soziale Integration der Jugend und Reintegration älterer Menschen.

In diesem Bereich hat Oesterreich bereits einige Erfahrung gesammelt. Als Experiment wurde ein Journalist beauftragt, die bereits erzielten Resultate der Forschung in einer allgemein zugänglichen Form zu publizieren. Ein Exemplar der herausgekommenen Broschüre wird H. übergeben. Für die Zukunft soll unter der Leitung des Fachmannes Rosenmeier eine Tagung organisiert werden, an der Wissenschaftler und ältere Leute gemeinsame Forschungsergebnisse und neue Forschungsprojekte diskutieren sollen.

3) Energieforschung

H weist darauf hin, dass in der Schweiz diese Forschungsaufgaben grösstenteils von autonomen Stiftungen und Körperschaften behandelt werden. Die Rolle der Regierung liegt nicht in der Ausführung solcher Arbeiten. F weist darauf hin, dass sie die Zusammenarbeit so versteht, dass auf Regierungsebene nur Impulse gegeben werden, die die Experten veranlassen sollen, zusammenzutreffen und in ihren Forschungsbereichen eine praktische Zusammenarbeit anzustreben.

Im weiteren Verlauf der Unterredung kommt F sehr ausführlich ~~über~~ auf die Organisation des Bibliothekenwesens in Oesterreich zu sprechen. Eine Straffung der Organisation scheint ihr sowohl aus finanziellen Rücksichten wie in organisatorischer Hinsicht notwendig zu sein. Ueber die Anwendung des Forschungs-Budgets hat F bereits als erste Massnahme durchgesetzt, dass in den Universitäten die einzelnen Fakultäten und Institute ihre eigenen Bibliotheksbestände nur koordiniert mit der gesamten Universitäts-Bibliothek aufbauen können. Dies sollte zu einer Straffung und Spezialisierung in der Anschaffungspolitik führen, die bei den heute gültigen hohen Preisen der spezialisierten Werke unbedingt notwendig ist. F würde gerne in diesem Bereich einen Erfahrungsaustausch mit den schweizerischen Experten ins Auge fassen.

Die Konzentration der Regierungsmittel ist F ganz allgemein das grösste Anliegen. So ist sie bemüht, den Mitarbeiterstab in ihrem Ministerium klein zu halten indem besondere Studien systematisch an Experten vergeben werden. Das ganze Ministerium umfasst 280 Beamte aller Grade, wobei allerdings nicht alle materialien Fragen der Hochschulen in diesem Ministerium behandelt werden.

652.4 - CA/rm

Wien, den 7. September 1977

VERTRAULICHA k t e n n o t i z

II. Unterredung mit Herrn
Bundesminister Sinowatz (Unterricht
und Kunst) in Anwesenheit von
Frau Bundesminister Firnberg

Bundesminister Sinowatz (S) schildert die Unterteilung des Ressorts in zwei Ministerien als erfolgreiches Beispiel der Arbeitstrennung. In seinem Bereich hat er sich seit Amtsübernahme (1971) besonders mit dem Problem des Lehrernachwuchses auseinandergesetzt. Vor sechs Jahren war der Lehrermangel noch spürbar. Heute besteht kein Ueberfluss. Die neuen Universitäten bilden nun eine grössere Anzahl Lehrer aus. Sobald der Nachholbedarf gedeckt ist, wird man versuchen, kleinere Klassen zu bilden. Bundesrat Hürlimann (H) bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Tätigkeit einiger schweizerischer Lehrer im Land Vorarlberg. Nach S. dürfte diese geschätzte Hilfe allerdings nur eine Uebergangslösung sein.

S. hofft, dass innert drei Jahren wenigstens teilweise eine Schulreform durchgebracht werden kann. Allerdings macht er sich keine Illusionen über die Durchsetzbarkeit der Gesamtschule, die eine qualifizierte Mehrheit im Parlament benötigen würde; die Opposition hat daraus eine Grundsatzfrage gemacht, was ungerechtfertigt erscheint, da in den grossen Agglomerationen bereits 60 - 70 % der Schüler das Gymnasium besuchen. S. hofft auf breiter Basis im ganzen Staatsgebiet für alle Schüler gleiche Ausbildungschancen offerieren zu können.

Eine Frage von H. nach den Anforderungen, die an Maturanden gestellt werden, beantworten S. und Bundesminister Firnberg (F) übereinstimmend, im Grossen und Ganzen seien die angehenden Hochschulstudenten gleich gut wie früher ausgebildet. Zwar gebe es Klagen der Universitätsdozenten, aber das sei schon immer so gewesen. Abgesehen von speziellen Lehrgängen (F. kritisiert die Höheren Wirtschaftsschulen für Mädchen, die sog. "Knödelakademien", die Zugang zur Hochschule geben) könne der Zugang zur Hochschule als gerecht und vernünftig angesehen werden.

Die Regierung Oesterreichs setzt sich gegen die Einführung eines "Numerus clausus" an den Universitäten ein. Man ist zum Schluss gekommen, dass eine solche Massnahme den Konkurrenzdruck unter den Studierenden bloss auf die Ebene der Mittelschulen abdrängen würde, was vermieden werden soll. Gegen einen Zudrang ausländischer Studenten hat man sich mit der Bestimmung abgeschirmt, dass österreichische Universitäten nur ausländische Studenten immatrikulieren, die in ihrem Heimatstaat die Bedingungen für die Aufnahme an die gleiche Fakultät erfüllen.

Die Berufsausbildung ist in Oesterreich weitgehend durch das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie organisiert, ähnlich dem System der Schweiz.

S. illustriert schliesslich die Entwicklung im Schulbesuch in Oesterreich mit folgender Statistik der relativen Zunahme im Laufe der letzten Jahre:

Höhere berufsbildende Schulen	+ 83 %
Mittlere berufsbildende Schulen	+ 50 %
Berufsschulen	+ 43 %
Hauptschulen	+ 31 %
Gymnasium	+ 24 %
Volksschulen	+ 19 %

Insgesamt wird die Zahl der Gymnasiasten mit 18 - 20 % der Gesamtschülerzahl angegeben.